

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Kay Möller

Wirtschaftliche Öffnung und politische Blockade in China

Zwei gegenläufige Entwicklungen als
Stabilitätsrisiko

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2004

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

5	Problemstellung und Empfehlungen
7	Wirtschaftliche Öffnung
9	Politische Blockade
13	Rückschritt bei den Menschenrechten
16	Gesellschaftliche Formierung
18	Evolution oder Selbstblockade?
20	Abkürzungen

Sollte Chinas derzeitige Situation unverändert in die Zukunft fortgeschrieben werden, muß es binnen weniger Jahre zu einer Art Krise kommen.

Arthur Waldron, amerikanischer Experte, 1995

Chinas politische Reformen sind im wesentlichen Versuche, die wirtschaftliche Entwicklung zu erleichtern; sie zielen nicht auf Demokratisierung, sie wollen vielmehr die Effizienz des derzeitigen politischen Systems verbessern, anstatt es abschaffen. Deshalb haben solche Reformen gemischte Ergebnisse gezeitigt.

Wei-Wei Zhang, chinesischer Experte, 2004

Wirtschaftliche Öffnung und politische Blockade in China. Zwei gegenläufige Entwicklungen als Stabilitätsrisiko

Die Volksrepublik China, eines der letzten Einparteienregime der Welt, wird im Westen bis heute wegen schwerwiegender Verstöße gegen die Menschenrechte kritisiert. Dabei haben westliche Politiker und Unternehmer seit Beginn der wirtschaftlichen Öffnung Chinas unter Deng Xiaoping 1978 angesichts wachsender internationaler Verflechtung der Volksrepublik auf eine friedliche Evolution in Richtung Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gesetzt. Diese Hoffnungen wurden 1989 durch das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens enttäuscht und blieben auch unter Dengs Nachfolger Jiang Zemin (1989–2003) getrübt. Seither werden besondere Erwartungen an die Machtübernahme durch eine »vierte Führungsgeneration« unter Staats- und Parteichef Hu Jintao und Premierminister Wen Jiabao geknüpft, die »aufgrund ihrer Ausbildung und ihres guten Informationsstandes hinsichtlich der Entwicklungen innerhalb und außerhalb Chinas wahrscheinlich zu größerer Flexibilität und Offenheit neigt und sich als pragmatischer und moderater erweisen wird als ihre Vorgänger.« (Deutsche Bank Research, 2002.)

Während China mit seinem Beitritt zur Welthandelsorganisation (World Trade Organization, WTO) 2001 erhöhtem Globalisierungsdruck ausgesetzt und vermehrt von gesellschaftlichem Protest betroffen ist, hat sich die Menschenrechtslage einmal mehr verschlechtert und gibt es noch immer keine Anzeichen für politische Reformbereitschaft. Die Studie sucht die Frage zu beantworten, ob diese Reformunwilligkeit temporärer Natur bzw. im politischen System selbst begründet ist. Sie unterstellt, daß sich demokratischer Fortschritt sowie Fortschritt bei Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit wechselseitig begünstigen und daß Demokratien deshalb robuster und krisenresistenter sind als andere Staatsformen, weil sie über gute Voraussetzungen zur Bewältigung des Legitimitäts- und Partizipationsproblems verfügen. Menschenrechte werden in Demokratien in erster Linie als bürgerliche und politische Rechte verstanden. Zu den wichtigsten Merkmalen einer (Wettbewerbs- oder Konkordanz-) Demokratie zählen ein Mehrparteiensystem mit Garantie von Oppositionsrechten, das allgemeine Wahlrecht, die rechtsstaatliche Garantie von Indi-

vidualrechten sowie ein freier Interessengruppenpluralismus.

Die Untersuchung gelangt zu folgenden Ergebnissen:

1. Die wachsende Zahl sozialer Konflikte und von Menschenrechtsverletzungen in China ist eine unvermeidliche Begleiterscheinung des 1978 eingeleiteten und 2001 mit dem WTO-Beitritt beschleunigten Transformationsprozesses. Sollte auf die wirtschaftliche Öffnung mittelfristig keine politische Öffnung folgen, ist die Stabilität der Volksrepublik gefährdet.
2. Chinas kommunistische Führung scheint indessen an der Überzeugung festzuhalten, den Widerspruch zwischen Modernisierungsdruck und Einparteienherrschaft mit einer Mischung aus Öffnungs- und Strukturpolitik, Verbreiterung der eigenen Basis und gewaltsamer Unterdrückung jeglicher Opposition überbrücken und seine Sprengkraft kontrollieren zu können. Obwohl die Frage nach dem temporären oder systemimmanenten Charakter der aktuellen Blockade nicht eindeutig zu beantworten ist, spricht jedenfalls der Versuch von Staat und Partei, sich auch in privatisierten Unternehmen unverhältnismäßig großen Einfluß zu sichern, für Systemimmanenz.
3. Die schnell wachsende Zahl sozialer Unruhen im Lande und die möglicherweise unzureichende Fähigkeit der Regierung, den Finanzsektor zu sanieren oder auf konjunkturelle Schwankungen effizient zu reagieren, deuten darauf hin, daß der Versuch der Partei, sich selbst an die Stelle der erforderlichen demokratisch-rechtsstaatlichen Institutionen zu setzen, den Widerspruch zur Eskalation bringen könnte. Chinas Privatunternehmer, Zivilgesellschaft und Expertengruppen sind auf absehbare Zeit nicht in der Lage, dieser Parteistrategie etwas entgegenzusetzen. Sollte der Wachstumskurs scheitern oder so viele nachteilige Begleiterscheinungen produzieren, daß lokale Unruhen auf die nationale Ebene überzugreifen drohen, wird die legitimatorische Basis der Einparteienherrschaft auf einen Nationalismus schrumpfen, dem sich keine innerparteiliche Fraktion verweigern kann.
4. Angesichts eines solchen Szenarios sollten deutsche, europäische und westliche Politik Chinas Aufstieg zum wichtigen internationalen Akteur nicht für unumkehrbar und »Wandel durch Handel« nicht für einen zwingend evolutionären Prozeß halten. Auch kann friedliche Evolution von

außen nicht vornehmlich durch technokratische Dialoge mit der Herrschaftselite gefördert werden. Sie muß verstärkt mit einer Förderung der chinesischen Zivilgesellschaft einhergehen, bedarf aber gleichzeitig der Stärkung internationaler Institutionen wie der UN-Umwelt- oder Menschenrechtsorgane, aus denen diese Zivilgesellschaft ihre eigene Legitimation herleiten kann. Darüber hinaus wäre die Förderung regionaler Integrationsprojekte im pazifischen Asien ein denkbarer Weg zur weiteren Einbindung der Volksrepublik und damit zur Verringerung des chinesischen Chaospotentials.

Wirtschaftliche Öffnung

China hat sich seit Beginn der von Deng Xiaoping 1978 initiierten Reformen von einer international kaum eingebundenen Planwirtschaft zur drittgrößten Handelsmacht der Welt und zum international wichtigsten Empfänger ausländischer Direktinvestitionen entwickelt. Das chinesische Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs im Durchschnitt der achtziger und neunziger Jahre nach amtlichen Angaben um jährlich nominal 9,7 Prozent,¹ wobei die ersten Wachstumsimpulse aus der Landwirtschaft kamen, dann aber schon bald aus einem neuen leichtindustriellen Sektor, der mit Hilfe ausländischer Investitionen entlang der Küste aufgebaut wurde. In den Städten wurden kleine und mittlere Privatunternehmen gegründet, während im Zuge der Konsolidierung und Teilprivatisierung des Staatssektors ca. 20 Millionen Arbeitsplätze verloren gingen.

Die Peking Regierung trug zunächst noch zur Verschärfung der Lage bei, indem sie die reichen Küstenregionen bei Steuern und Investitionen begünstigte und gleichzeitig versuchte, die Binnenmigration von 100 bis 200 Millionen Landbewohnern² auf dem Verwaltungsweg zu begrenzen. Waren bis Anfang der neunziger Jahre noch alle gesellschaftlichen Gruppen in unterschiedlichem Ausmaß Nutznießer des Wachstums gewesen, war die zweite Reformphase von um sich greifender Arbeitslosigkeit und zunehmender Ungleichheit geprägt.³ Im Ergebnis mußten große Bevöl-

kerungssegmente im Hinterland, auf dem Lande generell und in den unteren städtischen Einkommensgruppen nicht nur relativ, sondern auch absolut Einbußen hinnehmen.⁴ Gleichzeitig kam es zu Problemen bei der Bekämpfung von Epidemien, bei der Gleichberechtigung von Frauen und der Trinkwasserversorgung auf dem Lande,⁵ im Zuge unkontrollierter Urbanisierung und wachsender Kriminalität.⁶ Beobachter warnten vor Staatszerfall, falls diese Entwicklungen anhalten sollten.⁷ Äußeres Anzeichen für den Ernst dieser Bedrohung war eine Zunahme amtlich registrierter sogenannter »Massenzwischenfälle«⁸ von 8700 im Jahr 1993 auf über 40 000 im Jahr 2000 (seit-her wurde keine landesweite Statistik mehr veröffentlicht).⁹ Hatte der Protest sich zu Anfang der neunziger Jahre noch vornehmlich gegen Korruption und Funktionärswillkür auf dem Lande gerichtet, waren seine Auslöser seither zunehmend die Umwidmung von Wohngrundstücken, Entlassungen, zurückgehaltene Sozialleistungen bzw. die Nichtauszahlung von Löhnen durch Staatsbetriebe. Erst angesichts dieser Tendenzen entschied sich die Zentralregierung für gezielte Hilfen zugunsten des Hinterlands, für migra-

kommensverteilung verwandt, wobei 0 für perfekte Gleichheit und 1 für perfekte Ungleichheit steht – stieg in Chinas Städten zwischen 1978 und 2000 von 0,16 auf 0,32 und auf dem Land von 0,21 auf 0,33. Eskalationsfähige soziale Konflikte ergeben sich erfahrungsgemäß ab einem Koeffizienten von 0,40. Vgl. **UN Country Team**, China's Progress, Peking 2003, S. 4.

4 Vgl. Shaoguang **Wang**, Openness and Inequality: The Case of China, in: Issues and Studies, 39 (Dezember 2003) 4, S. 39–80 (52).

5 Vgl. **UN Country Team**, China's Progress [wie Fn. 3], S. 7.

6 Vgl. John W. **Lewis/Xue** Litai, Social Change and Political Reform in China: Meeting the Challenge of Success, in: The China Quarterly, (Dezember 2003) 176, S. 926–942 (927).

7 Vgl. **Wang**, Openness and Inequality [wie Fn. 4], S. 58.

8 Dazu gehörten friedliche Petitionen, Sit-ins, Demonstrationen und Protestversammlungen, Arbeiter- und Einzelhändlerstreiks, ethnische Unruhen und gewaltsame Zusammenstöße mit den Sicherheitsorganen. Vgl. Murray Scot **Tanner**, China Rethinks Unrest, in: The Washington Quarterly, 27 (Sommer 2004) 3, S. 137–156 (138). Der Begriff »Massenzwischenfälle« wird von den Behörden seit 1999 benutzt.

9 Ebd.

1 Nach Berechnungen einiger Experten lag das industrielle Wachstum in den neunziger Jahren um 4,5% unterhalb der amtlich angegebenen 13,9%. Vgl. Xialu **Wang/Lian Meng**, A Reevaluation of China's Economic Growth, in: China Economic Review, (2001) 12, S. 338–346.

2 Die chinesische Regierung schätzte die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten auf dem Lande 2002 auf 94 Millionen, die OECD auf 200 Millionen. Vgl. **Global Alliance for Workers and Communities**, Corporate Social Responsibility in China: Mapping the Environment, Washington, D.C., April 2004, S. 9; **Deutsche Bank Research**, China 2020: Vor großen Herausforderungen, Frankfurt a.M., 26.8.2002, S. 7. Im Jahr 2004 sagte der Vorsitzende der chinesischen Kommission für Bevölkerungs- und Familienplanung voraus, daß diese Gruppe bis zum Abflachen des Bevölkerungswachstums in etwa 20 Jahren auf 900 Millionen Personen anwachsen wird. Vgl. Interfax, 4.8.2004, zitiert in: Napsnet Daily Report, 4.8.2004.

3 Der sogenannte »Gini-Koeffizient« – hier als Maß für Ein-

tionsrechtliche Reformen und den Aufbau eines rudimentären Systems der sozialen Sicherung.

1997/98 wurde das Wirtschaftswachstum in China von der ostasiatischen Krise unterbrochen, die den Zufluß ausländischer Direktinvestitionen drosselte. Aus Rücksicht auf seine regionalen Wirtschaftspartner verzichtete China auf eine Abwertung des Renminbi und büßte damit zusätzlich an Konkurrenzfähigkeit ein. Im Inland wuchs die Arbeitslosigkeit weiter, es kam zu Deflation. Die Privatisierung der Staatsbetriebe wurde unterbrochen, und die Regierung verstärkte ihre Investitionen in große Infrastrukturprojekte im Hinterland. Weil die mit der Durchführung betrauten Staatsunternehmen etwa zur Hälfte entbehrlich waren und mit Krediten der vier Staatsbanken am Leben gehalten werden mußten, drohte eine Finanzkrise. Die Staats- und Parteiführung um Jiang Zemin beschneidete daraufhin den Einfluß der Bürokratie auf die Staatsunternehmen und genehmigte die Notierung von Mehrheitsanteilen einiger dieser Unternehmen an den Börsen von Shanghai und Shenzhen. Exporteure erhielten Sonderrabatte, bis dahin geschlossene Märkte wie der für Telekommunikationsdienste wurden ansatzweise für ausländische Investoren geöffnet. Im November 1999 unterzeichneten China und die USA als wichtigster Verhandlungspartner ein Abkommen über den (zwei Jahre später vollzogenen) Beitritt der Volksrepublik zur WTO.

Während sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Volksrepublik bei Gütern und Dienstleistungen mittlerweile erholt hat und die Regierung 2003 sogar Maßnahmen ergreifen mußte, um eine Überhitzung der Wirtschaft zu verhindern, gingen im Staatssektor bis 2001 weitere 7 Millionen Arbeitsplätze verloren.¹⁰ In Peking griff die Erkenntnis um sich, daß der WTO-Beitritt jedenfalls anfänglich eher zum Anstieg städtischer Arbeitslosigkeit und zu ländlicher Unterbeschäftigung als zur Lösung dieser Probleme beitrug, weil er die inländischen Güter- und Warenmärkte für ausländische Konkurrenz öffnete.¹¹ Gleichzeitig brachten die Investitionen in die binnenländische Infrastruktur regional unterschiedliche Ergeb-

nisse hervor und erhöhten das Korruptionsrisiko, ohne dabei eine deutliche Verlagerung ausländischer Direktinvestitionen in ärmere Provinzen nach sich zu ziehen.¹²

Derzeit summieren sich die notleidenden Kredite der Staatsbanken auf 30 bis 100 Prozent aller Kredite.¹³ Ursächlich sind institutionelle Defizite in Form sogenannter »policy loans«, die eine Sanierung erschweren, wenn nicht unmöglich machen.¹⁴ Eine Liquiditätskrise wird bisher noch durch private Spareinlagen mit einem Gesamtwert von ca. 2,5 Billionen US-Dollar verhindert. Die Sparer haben derzeit kaum Alternativen zum staatlichen Bankensystem, und wo es Alternativen gibt (etwa an der Shanghaier Börse oder in Form von Immobilien), sind Spekulationsblasen entstanden. Sollte die nach dem WTO-Abkommen für 2006 vorgesehene Öffnung des chinesischen Finanzmarkts für Privatanleger mit einer konjunkturellen Abwärtsbewegung einhergehen, könnten die bislang nur latenten Probleme akut werden. Gleichzeitig mehren sich die Anzeichen für künftige konjunkturelle Ausschläge. Auf solche Ausschläge hat Peking bisher nicht mit marktwirtschaftlichen Mitteln, sondern mit diskretionären Maßnahmen in Form administrativer Einzelanweisungen reagiert, die mangels effektiver administrativer Hierarchien zwischen Zentralregierung, Provinzen und Regionen suboptimale Wirkung entfalten¹⁵ und anscheinend vornehmlich zu Lasten privater Unternehmen gehen.¹⁶

¹⁰ Vgl. **Zhang** Shengqian, *Shehui zhian shijian chuzhi* [Der Umgang mit Zwischenfällen betreffend die soziale Ordnung], Peking: Volksuniversität für Öffentliche Sicherheit, 2001, S. 32.

¹¹ So ging der chinesische Arbeitsminister 2002 davon aus, daß bei 7%igem Wachstum nur ca. 8 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, denen ca. 13 Millionen neue Arbeitsuchende gegenüberstünden. Vgl. *The Asian Wall Street Journal*, 15.5.2002, S. 11.

¹² Vgl. China's Campaign to »Open up the West«: National, Provincial, and Local Perspectives, in: *The China Quarterly*, Sonderausgabe (Juni 2004) 178. Zu korruptionsbedingten Verlusten in Transformationsprozessen vgl. Yong **Guo**/Angang **Hu**, *The Administrative Monopoly in China's Economic Transition*, in: *Communist and Post-Communist Studies*, 37 (2004) 2, S. 265–280.

¹³ Vgl. Klaus **Schröder**, *Chinas Bankensystem auf langem Reformweg*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, November 2003 (S 43/03), S. 10; **Deutsche Bank Research**, *Chinas Finanzsektor: Institutionelle Rahmenbedingungen und Strukturprobleme*, Frankfurt a.M., 22.3.2004.

¹⁴ Vgl. John M. **Mulcahy**, *Banking Means Never Having to Repay a Loan*, in: *Asiatimes*, 20.8.2003 (online).

¹⁵ Vgl. Enzo **von Pfeil**, *Breaking the Cycle: Chinese Governance and Economic Fluctuation*, in: *China Brief*, 4 (24.6.2004) 13 (online). Laufende Bemühungen, eine Überhitzung der Volkswirtschaft durch Investitionsstops und eine Drosselung der Produktion zu vermeiden, haben laut einer Mitteilung der chinesischen Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission keine eindeutigen Erfolge gezeitigt. Vgl. *Agence France-Presse*, 15.7.2004, zitiert in: *Napsnet Daily Report*, 15.7.2004.

¹⁶ Vgl. *The Washington Post*, 11.8.2004, zitiert in: *Napsnet Daily Report*, 12.8.2004.

Politische Blockade

Deng Xiaoping hatte seine Reform ausdrücklich in den Dienst der Erhaltung des Einparteienstaats gestellt und eine politische Öffnung langfristig ausgeschlossen.¹⁷ Erste markantere Belege für inhärente Widersprüche dieser Strategie lieferte im Juni 1989 das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens. Die Massendemonstrationen, die mehrheitlich von Studenten und Freiangestellten des Staates veranstaltet wurden, waren durch Inflation und Beamtenkorruption stimuliert worden.¹⁸ Tiananmen sollte zum größten Rückschlag für die Menschenrechte in China nach Beginn der wirtschaftlichen Öffnung werden.

Angesichts solcher Erfahrungen waren die Demonstranten der neunziger Jahre zunächst bemüht, ihren Protest thematisch wie geographisch einzugrenzen. Während die Sicherheitsorgane auf Anzeichen organisierter Opposition mit verschärfter Repression reagierten, beantworteten sie »Massenzwischenfälle« mit einer Mischung aus hartem Vorgehen gegen »Rädelsführer« und Konzessionen an die Basis. Dies hat sich seither in mehrfacher Hinsicht gewandelt. Zum einen nahm der Umfang der Demonstrationen Ende der neunziger Jahre spektakulär zu und bedienten sich die Demonstranten nun auch verstärkt gewaltsamer Mittel. Zum anderen setzten sie moderne Kommunikationsmittel ein, um Querverbindungen zwischen einzelnen Unruheherden herzustellen.¹⁹ Schließlich deuteten auch neu etablierte Beziehungen zwischen Demonstranten, Gewerkschaften, kultu-

rellen Verbänden etc. auf ein höheres organisatorisches Niveau der Protestbewegung. 2004 zeichnete sich die Bereitschaft der Sicherheitskräfte ab, fortan härter vorzugehen.²⁰

Die aktuelle Protestwelle ist eine unvermeidliche Begleiterscheinung des sozioökonomischen Transformationsprozesses, der alte Arbeitsplätze und soziale Sicherungssysteme zerstört, ohne sie schnell und umfassend durch neue zu ersetzen. Ob sie auf nationaler Ebene eskaliert, zu Bürgerkrieg oder gar einem Auseinanderbrechen der Volksrepublik führen wird, hängt von der Anpassungsfähigkeit der politischen und rechtlichen Institutionen,²¹ der Lernfähigkeit von Politik und Gesellschaft sowie von deren Wechselwirkungen ab. Dabei sind die Voraussetzungen zur Bewältigung des Legitimitäts- und Partizipationsproblems in autoritären Systemen grundsätzlich schlechter als in Demokratien,²² zudem sind erstere weniger lernfähig.²³

China zählt fünfzehn Jahre nach dem Ende des Weltkommunismus zu einer Handvoll von Einparteienstaaten, die sich dem weltweiten Trend zur Demokratisierung konsequent verschließen. Das bedeutet nicht, daß es seit Beginn der wirtschaftlichen Öffnung keine Debatten darüber innerhalb der Herr-

17 Vgl. z.B. Rede vor führenden Mitgliedern des Zentralkomitees der KPCh, in: *Selected Works of Deng Xiaoping*, Bd. 3: 1982–1992, Peking: Foreign Language Press, 1994, S. 66–69.

18 Vgl. *Tiananmen Square 1989: The Declassified History*, Washington, D.C.: National Security Archive, 1999.

19 Zu den spektakulärsten Fällen dieser Art zählten im April 2002 tagelange Demonstrationen in Betrieben der Erdölverarbeitenden Industrie im nordwestlichen Lanzhou, die von entsprechendem Protest im 1500 Kilometer entfernten Daqing inspiriert waren. Vgl. *International Herald Tribune*, 25.4.2002, S. 3. Im Juli 2004 brachten zwanzig Bergarbeiter aus dem nordöstlichen Heilongjiang ihren Protest erstmals in Peking vor, wo sie mit gemeinsamem Selbstmord drohten, bis die Polizei sie festnahm. Vgl. *Agence France-Presse*, 13.7.2004, zitiert in: *Napsnet Daily Report*, 13.7.2004.

20 Im August 2004 stürmten mehrere Hundertschaften der Polizei ein Dorf in Zentralchina und feuerten Gummigeschosse auf unbewaffnete Bauern ab, die eine Demonstration in der Provinzhauptstadt angekündigt hatten. Mehrere Dutzend Zivilisten wurden verletzt. Vgl. *The Washington Post*, 7.8.2004, zitiert in: *Napsnet Daily Report*, 9.8.2004.

21 Vgl. Samuel P. *Huntington*, *Political Order in Changing Societies*, New Haven, CT: Yale University Press, 1968.

22 Vgl. Heinrich W. *Krumwiede*, *Wie können die jungen Demokratien trotz ungünstiger Bedingungen überleben?*, unveröffentlichtes Manuskript, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 1993, S. 20. Die Webersche Alternative einer traditionellen bzw. charismatischen Legitimation scheint in China nach dem Abschied vom Kommunismus und mangels charismatischer Führer unrealistisch.

23 Vgl. Hanns W. *Maull*, *The European Security Architecture: Conceptual Lessons for Asia-Pacific Security Cooperation*, Trier: Zentrum für Ostasien-Pazifik-Studien, Mai 2004.

schaftselite gegeben hätte.²⁴ Aber nach Tiananmen wurden diese Debatten in partei- und regierungseigene Denkfabriken ausgelagert, deren Einfluß auf die herrschenden Technokraten jedenfalls in dieser Frage minimal blieb.²⁵ Gleichzeitig war die KPCh um eine Verbesserung der eigenen Effizienz bemüht. So versuchte Deng Xiaoping in den achtziger Jahren, das Entstehen neuer innerparteilicher Machtzentren durch eine Verregelung interner Verfahren zu verhindern, leistete solchen Tendenzen 1989 aber seinerseits Vorschub, indem er die Macht im Staat putschartig an eine Gruppe von Parteiveteranen übertrug (außerdem führte er die Armee, die er eigentlich hatte entpolitisieren wollen, als letzten Anker des Regimes in die Politik zurück).

War die Mehrzahl der chinesischen Beobachter noch bis 1989 von der Möglichkeit friedlicher Evolution ausgegangen, so sprachen grassierende Korruption daheim und eine amtlich propagierte negative Wahrnehmung der »chaotischen« Entwicklung in Rußland seither zumindest für eine Verlangsamung des Prozesses. Gleichzeitig schwankte die politische Führung zwischen einer Erweiterung der Parteibasis und einer Wiederherstellung der Kontrolle über eine zusehends fragmentierte Gesellschaft. Auch die darüber geführte Debatte wurde zum Gegenstand von Fraktionskämpfen. Nach Tiananmen sollten zehn Jahre vergehen, bis der dann scheidende Jiang Zemin die KPCh für Privatunternehmer öffnete. Dabei orientierte er sich weniger an westlichen Vorbildern als an Singapur bzw. dem Südkorea der achtziger Jahre, also an staatszentrischen Modellen einer Kooptierung der Wirtschaft durch die Politik, in denen Rechtsstaatlichkeit weitgehend auf den Bereich von Handel und Investitionen beschränkt ist. Ausländische Beobachter sprachen von einem »unternehmerischen« Ansatz, mit dessen Hilfe die Hauptakteure an die Partei gebunden, wachstumsschädliches Verhalten und ein »hijacking« des Reformprozesses verhindert und notwendige wirtschaftliche Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt werden konnten.²⁶ Ein wichtiges Indiz für

Erfolg oder Mißerfolg dieses Ansatzes lieferte die 1983 begonnene Reform des Staatssektors.

Dieser Sektor umfaßte 2002 noch 159 000 größere und große Unternehmen, die weiterhin mehr als die Hälfte der städtischen Arbeiterschaft beschäftigten, dabei aber nur noch 15–16 Prozent des industriellen Outputs beisteuerten.²⁷ Nachdem in diesem Bereich bis 2001 mehr als 27 Millionen Arbeitsplätze verlorengegangen waren, scheute die politische Führung vor weiteren Massenentlassungen schon deshalb zurück, weil es kein steuerfinanziertes soziales Sicherungssystem gab, das die von den Staatsbetrieben im Gesundheits-, Renten- und Bildungssektor erbrachten Leistungen kurzfristig hätte substituieren können.²⁸ Soweit größere Unternehmen privatisiert wurden, behielt der Staat in der Regel eine Sperrminorität. Da die Regierung darüber hinaus Mehrheitsbeteiligungen an zahlreichen kleinen oder mittelgroßen Aktiengesellschaften, Kollektivunternehmen und GmbHs hält, werden bis heute nur 30–40 Prozent der Industrieproduktion von einem Privatsektor erwirtschaftet, der bei Kreditvergabe etc. benachteiligt bleibt.²⁹ Zwar erhielt der Schutz des Privateigentums im März 2004 Verfassungsrang, aber es fehlt an Ausführungsgesetzen und an der Möglichkeit von Individualklagen.³⁰

Die neue chinesische Führung unter Hu Jintao hat sich nach ihrer Machtübernahme 2003 bemüht, Jiang Zemin's Werben um neue Wirtschaftseliten und die Küstenregion³¹ unter dem Motto »das Volk zuerst« herunterzuspielen und sich etwa durch Besuche benachteiligter Regionen ein soziales Image zu geben. Hu hatte in den achtziger Jahren dem reformerischen Parteichef Hu Yaobang nahegestanden und Anfang der neunziger Jahre als Präsident der Parteischule Debat-

nist and Post-Communist Studies, 37 (2004) 2, S. 161–185 (161).

²⁷ Vgl. Allan **Zhang**, Hidden Dragon. Unleashing China's Private Sector, in: Price Waterhouse Global, 2004 (online).

²⁸ Seit dieser Zeit wurde in Chinas Städten ein rudimentäres soziales Sicherungssystem aufgebaut. Für eine flächendeckende Versorgung des Landes sieht die Regierung derzeit keine Möglichkeit. Vgl. Xinhua, 10.3.2003 (online).

²⁹ Vgl. **Deutsche Bank Research**, Unternehmensreform und Aktienmarktentwicklung in China, Frankfurt a.M., 9.7.2004, S. 5.

³⁰ Vgl. Heike **Holbig**, Auf dem Weg zur konstitutionellen Einparteienherrschaft? Die Verfassungsänderungen vom März 2004, in: China aktuell, 33 (März 2004) 3, S. 259–274.

³¹ Dabei kam es anscheinend auch zu Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Überhitzungsrisikos. Vgl. Willy **Lam**, A House Divided: Contentious Politics within the CCP, in: China Brief, 4 (5.8.2004) 16 (online).

²⁴ 1987 hatte der damalige KPCh-Generalsekretär Zhao Ziyang die Trennung von Staat und Partei vorgeschlagen. Zhao steht seit dem Massaker vom Juni 1989 unter Hausarrest.

²⁵ Vgl. **Zhong** Nanyun, Hu Jintao, Wen Jiabao, and Their Potential Political Advisors, in: China Strategy, Washington, D.C.: Centre for Strategic and International Studies, 30.1.2004, S. 2–7.

²⁶ Vgl. Alexei **Shevchenko**, Bringing the Party Back in: The CCP and the Trajectory of Market Transition in China, in: Commu-

ten über politische Reformen ermutigt, andererseits aber der politischen Führung 1989 als einer der ersten zur Zerschlagung der Demokratiebewegung gratuliert, im selben Jahr ließ er zudem Unruhen in Tibet gewaltsam beenden.³² Premierminister Wen Jiabao hatte in den achtziger Jahren für »Liberale« wie Hu Yaobang und dessen Nachfolger Zhao Ziyang gearbeitet und galt seither als heimlicher Reformers, vermied aber von da an jegliche Stellungnahme zur Frage einer politischen Öffnung.³³ Hu hat in letzter Zeit widersprüchliche Signale ausgesandt, indem er etwa im Oktober 2003 eine größere Beteiligung der Öffentlichkeit an der Regierung, mehr »sozialistische Demokratie« und ein besseres Rechtswesen verlangte,³⁴ konkret aber nur eine jährliche Berichtspflicht des Ständigen Ausschusses des Politbüros an das Zentralkomitee der KPCh durchsetzte. Kurz zuvor hatte die Parteiführung anlässlich der Sars-Epidemie eine freiere Presseberichterstattung genehmigt, gleichzeitig aber mehr als 100 Nichtregierungsorganisationen (NROs) verbieten und Dissidenten zu langjährigen Haftstrafen verurteilen lassen.³⁵

Derlei Widersprüche werden von chinesischen Experten im privaten Gespräch gern mit einem andauernden Machtkampf zwischen einer grundsätzlich reformwilligen neuen Führung und der sogenannten »Shanghai-Fraktion« des Hu-Vorgängers Jiang Zemin erklärt, dessen Anhänger in Politbüro und Ständigem Ausschuss dominieren, während Jiang selbst weiterhin den Vorsitz der Zentralen Militärkommission von Staat und Partei innehat.³⁶ Im selben Atemzug dementiert die Mehrheit dieser Experten Meinungsverschiedenheiten auf der Führungsebene zu »nationalen« Fragen wie Taiwan und Hongkong.

Die KPCh leitet ihre Legitimation heute sowohl aus Wirtschaftswachstum als auch aus Nationalismus her,

wobei sich die beiden Elemente insofern partiell substituieren, als rückläufiges oder gefährdetes Wachstum Nationalismus inspiriert³⁷ und rückläufiger Nationalismus eine weitere Öffnung nach außen und damit weiteres Wachstum begünstigt. Dabei handelt es sich um latent konkurrierende Konzepte, wie die harte Reaktion auf prodemokratische Massendemonstrationen in Hongkong in den Jahren 2003 und 2004 und wachsende Spannungen in der Taiwan-Straße seit 2003 zeigen. Peking scheint in diesen Fällen bereit, vorteilhafte wirtschaftliche Interdependenzen im Zweifel einem politischen Imperativ zu opfern. Der Versuch, Niedrigwachstum mit aggressivem Nationalismus zu kompensieren, würde jedoch zum einen an mangelnden militärischen Mitteln scheitern³⁸ und zum anderen die inneren und äußeren Voraussetzungen für neues Wachstum auf lange Zeit zerstören. Insofern ist Peking zum Festhalten an seinem Kurs der wirtschaftlichen Öffnung verdammt, der langfristig seinerseits der politischen Unterfütterung bedarf, weil sich politische Struktur und industrielle »Kultur« im Hightech-Zeitalter wechselseitig bedingen.³⁹ (Insofern wäre aber auch Pekings zunehmend aktive Außenpolitik sehr viel defensiver motiviert, als viele Beobachter unterstellen.⁴⁰)

Wenn es zutrifft, daß die KPCh ihr Machtmonopol nicht durch einen konsequenten Rückzug aus der Wirtschaft aufs Spiel setzen will, wird der einzelne Bürger das derzeitige »Nullsummenspiel«⁴¹ aus gesamtwirtschaftlichem Wachstum und individuellen Einbußen nur dann akzeptieren, wenn mit der Zulassung von verstärkter politischer Partizipation wenigstens Hoffnungen auf mehr soziale Gerechtigkeit geweckt werden.⁴² Insbesondere die Landbevöl-

32 Vgl. Interview mit Elizabeth **Economy**, Direktorin des Council on Foreign Relations, New York: Council on Foreign Relations, 15.11.2002 (online).

33 Vgl. Willy Wo-Lap **Lam**, Wen Jiabao: A Reformer at Heart?, in: China Brief, 2 (28.3.2002) 7 (online).

34 Vgl. Far Eastern Economic Review, 16.10.2003, S. 32.

35 Vgl. Far Eastern Economic Review, 28.8.2003, S. 26–27.

36 Vgl. Gudrun **Wacker**, Führungswechsel in China. Herausforderungen und Spielräume der »vierten Generation«, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Januar 2003 (S. 2/03). Jiang Zemin formulierte 2004 mehrfach Eckpunkte der chinesischen Taiwan- und USA-Politik. Beobachter gehen mittlerweile davon aus, daß er bis 2007 Vorsitzender der Militärkommission bleiben wird. Vgl. Willy **Lam**, Beijing's Reaction to East Asia's Changing Alliances, in: China Brief, 4 (22.7.2004) 15 (online).

37 In diesem Zusammenhang könnten dramatisch eingeschränkte Beschäftigungsperspektiven für Chinas Hochschulabsolventen künftig eine besonders kritische Rolle spielen. Vgl. Yu Nanping, Fresh Graduates Face Unemployment, in: China Perspectives, 51 (Januar/Februar 2004), S. 4–12. In Chinas jüngerer Geschichte standen Studenten wiederholt an der Spitze nationalistischer Bewegungen, die sich später gegen die eigene politische Führung richteten.

38 Vgl. **Council on Foreign Relations**, Chinese Military Power, New York 2003.

39 Vgl. George J. **Gilboy**, The Myth behind China's Miracle, in: Foreign Affairs, 83 (Juli/August 2004), S. 33–48.

40 Vgl. Kay **Möller**, Chinas Außenpolitik: Selektive Multilateralität, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, November 2003 (S. 44/03).

41 Vgl. **Wang**, Openness and Inequality [wie Fn. 4], S. 52.

42 Vgl. Adam **Przeworski u.a.**, What Makes Democracies Endure?, in: Journal of Democracy, 7 (Januar 1996) 1, S. 39–55 (43). Den Aufweis eines funktionalen Zusammenhangs

kerung ist mit Nationalismus kaum zu gewinnen. Deshalb begann 1987 ein Experiment mit (grundsätzlich) freien und direkten Wahlen zu Dorfkomitees, das 1990 um erste verwaltungsrechtliche Bestimmungen ergänzt wurde.

Seit 1997 sind Wahlen auf Dorfebene in ganz China verbindlich. In der Praxis weichen die Verfahren stark voneinander ab und sind unterschiedlich erfolgreiche Versuche der KPCh zu beobachten, den Prozeß zu beeinflussen (auch Dorfkomitees unterstehen prinzipiell weiterhin den Weisungen der Partei). Ungeachtet dessen kann man hier eine politische Verselbständigung der Basis konstatieren, die eine aufgeklärte Peking-Führung im Interesse eines Zeitgewinns zu kanalisieren versuchen würde.⁴³ Zeitgewinn erscheint allerdings nur sinnvoll als Ausgangspunkt eines evolutiven Prozesses, gegen den derzeit noch die 2001 verfügte Aussetzung von »demokratischen« Experimenten auf der nächsthöheren – kreisstädtischen – Ebene spricht.⁴⁴ Gleichzeitig ist das seit der Deng-Xiaoping-Ära gewachsene Selbstbewußtsein der (von der KPCh dominierten) nationalen und Provinzparlamente⁴⁵ eher ein Anzeichen für die erwähnten Durchsetzungsdefizite der Zentrale in den Provinzen als für eine bevorstehende Gewaltenteilung. Einer horizontalen Fragmentierung der Volksrepublik, die sich hier insoweit als Möglichkeit abzeichnet,⁴⁶ hat Peking bis-

her mit dem Austausch von Provinzgouverneuren und Parteisekretären und der Abschaffung militärischer Regionalkommandos vorgebeugt. Auch die neuen regionalen Eliten brauchen allerdings Haushaltsmittel und Pfründe, was den Versuch der Partei, sich selbst zum Ersatz für demokratisch-rechtsstaatliche Institutionen zu machen, zusehends aufwendiger erscheinen läßt.

zwischen Demokratie und Verteilungsgerechtigkeit liefert Edward N. **Muller**, Democracy, Economic Development, and Income Inequality, in: American Sociological Review, 53 (1988), S. 50–68. Zu Demokratie und Konfliktlösung im Innern vgl. Dieter **Senghaas**, Die OECD-Welt: Zonen des Friedens, in: Volker **Matthies** (Hg.), Der gelungene Frieden. Beispiele und Bedingungen erfolgreicher friedlicher Konfliktverarbeitung, Bonn: Dietz, 1997, S. 46–64; **Krumwiede**, Wie können die jungen Demokratien trotz ungünstiger Bedingungen überleben? [wie Fn. 22].

⁴³ Vgl. Gunter **Schubert**, Democracy under One-Party Rule. A Fresh Look at Direct Village and Township Elections in the PRC, in: China Perspectives, (März/April 2003) 46, S. 15–25.

⁴⁴ Dennoch ist es auch seither in Provinzen wie Sichuan noch zu »halbkompensativen« Stadtratswahlen gekommen. Vgl. **Lai** Hairong, Semi-Competitive Elections at Township Level in Sichuan Province, in: China Perspectives, (Januar/Februar 2003) 51, S. 13–27.

⁴⁵ Vgl. Minxin **Pei**, Is China Democratizing?, in: Foreign Affairs, 77 (Januar/Februar 1998) 1, S. 68–82 (74–76).

⁴⁶ »Während der Reformperiode [...] erwies sich die Zentralregierung angesichts einer beschleunigten Dezentralisierung und einer wachsenden Bedeutung von Märkten zunehmend als unfähig, steuerliche und materielle Ressourcen zuzuteilen, was einen Rückgriff auf vertikale politische Hilfen und interregionale Hilfsnetzwerke erforderlich machte, mit denen die knappen Ressourcen der Zentralregierung ein-

gespart werden sollten. Aufgrund einer inhärenten Anreizproblematik und der Systemreform wurden die von Peking initiierten Hilfsnetzwerke schrittweise durch horizontale kooperative Netzwerke abgelöst, die sich auf freiwilliger Basis konstituierten.« (Jae Ho **Chung**, Vertical Support, Horizontal Linkages, and Regional Disparities in China: Typology, Incentive Structure, and Operational Logic, in: Issues and Studies, 37 [Juli/August 2001] 4, S. 121–148 [121].)

Rückschritt bei den Menschenrechten

Die seit Ende der neunziger Jahre zu beobachtende Verschlechterung der Menschenrechtsslage in China ist ein wichtiger Indikator für die direkten und indirekten Auswirkungen beschleunigter Globalisierung auf das Verhältnis zwischen Führung und Basis. Während rückläufige Repression als Anzeichen für eine Rücknahme des Machtmonopols gewertet werden könnte, spricht zunehmende Repression für die Bereitschaft, dieses Monopol trotz seiner gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Defizite mit Gewalt zu verteidigen.

Zu den systematischen Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik zählen politisch motivierte Verhaftungen (häufig ohne Gerichtsverfahren) bzw. unfreiwilliges Exil für Regimegegner, religiöse Unterdrückung, Folter und Mißbrauch von Gefangenen, Zwangsumsiedlungen, Unterdrückung von Kritik sowie Verstöße gegen Arbeiterrechte. Minderheiten sind zumeist überproportional betroffen.

Hatte sich die Menschenrechtsslage während der Deng-Xiaoping-Ära bis zum Massaker von 1989 grundsätzlich und zwischen dem 14. (1992) und dem 15. Parteitag der KPCh (1997) tendenziell verbessert,⁴⁷ so war seither mit der Fortsetzung der wirtschaftlichen Öffnung wieder eine Verschlechterung festzustellen. Auslöser waren Versuche der Demokratiebewegung,⁴⁸ die steigende Massenarbeitslosigkeit zur Rekrutierung neuer Mitglieder zu nutzen. Ab 1999 kamen öffentlichkeitswirksame Aktionen der Falungong-Sekte hinzu, deren Gefolgschaft insbesondere in der älteren

Bevölkerung Chinas angesichts eines rapiden Werteverfalls und des Abbaus sozialer Leistungen auf Millionenhöhe angewachsen war.⁴⁹ Unter den insgesamt ca. 300 000 aufgrund polizeilicher Anordnung (»Administrativhaft«) internierten Personen befinden sich vermutlich mehrere Zehntausend Falungong-Mitglieder. Von diesen wiederum sind bisher mindestens 700 durch Folter oder andere Formen der Mißhandlung ums Leben gekommen.⁵⁰

Binnenmigranten ohne Genehmigung für den Aufenthalt in Städten wurden in den vergangenen Jahren in großer Zahl in Arbeitslagern festgehalten und mißhandelt. Die zugrundeliegende Verordnung wurde 2003 aufgehoben, nachdem eine Kantoner Lokalzeitung von der Ermordung eines Häftlings berichtet und damit öffentliche Empörung ausgelöst hatte.⁵¹

In dieser Phase wurden Chinas Medien auch wieder vermehrt Opfer von Zensurmaßnahmen, Chefredakteure kritischer Publikationen wurden entlassen bzw. entsprechenden Organen die Lizenzen entzogen. Journalisten müssen sich staatlichen Eignungstests unterziehen⁵² (2002 waren 36 Journalisten in Haft⁵³). 2001 wurde der »Verrat von Staatsgeheimnissen in besonders schweren Fällen«, etwa über das Internet, mit der

⁴⁹ Vgl. Francesco Sisci, The Deeper Crisis Facing China, in: *Asiatimes*, 31.1.2003 (online). Der Autor erwähnt insbesondere Probleme im staatlichen Gesundheitssektor, auf die Falungong mit einer preiswerten Ersatzversorgung für seine Mitglieder reagiert habe.

⁵⁰ Vgl. *Amnesty International*, People's Republic of China. Continuing Abuses under a New Leadership, London 2004. Falungong-Mitglieder wurden auch in psychiatrische Anstalten eingewiesen; das Ministerium für Öffentliche Sicherheit betreibt 20 solcher Anstalten. Vgl. *U.S. Department of State*, Country Report on Human Rights Practices 2002 [wie Fn. 48]. Nach offiziellen Angaben beläuft sich die Zahl der »Administrativhäftlinge« auf 230 000. Ebd.

⁵¹ Vgl. *Amnesty International*, Pressemitteilung, London, 27.6.2003. Der verantwortliche Redakteur wurde im März 2004 zusammen mit zwei Kollegen unter Korruptionsvorwürfen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Parteimitglieder sprachen von einem Vergeltungsakt lokaler Funktionäre. Vgl. *The Washington Post*, 1.8.2004, zitiert in: *Napenet Daily Report*, 2.8.2004.

⁵² Vgl. *Neue Zürcher Zeitung*, 12.12.2002, S. 5.

⁵³ Vgl. *U.S. Department of State*, Country Report on Human Rights Practices 2002 [wie Fn. 48].

⁴⁷ Verbesserungen zwischen 1978 und 1989 betrafen vornehmlich die Freilassung und/oder Rehabilitierung von Millionen politischer Gefangener aus der Mao-Zedong-Ära. Hinzu kam eine größere Bewegungsfreiheit für einzelne Bürger, die durch Dengs Wirtschaftsreform erforderlich geworden war. 1992–1997 leitete die Volksrepublik in dem Bestreben, ihr durch Tiananmen beschädigtes internationales Image zu reparieren, eine (1997 abgeschlossene) Strafrechtsreform ein und nahm bilaterale Menschenrechtsdialoge mit Dritten auf.

⁴⁸ Die innerchinesische Demokratiebewegung ist heute weitgehend in einer sogenannten »China-Demokratiepartei« organisiert, die anfänglich offen agierte und zu keiner Zeit Gewalt anwandte. Seit 1998 wurden mindestens 38 ihrer Führer festgenommen und zu teils langjährigen Haftstrafen verurteilt. Vgl. *U.S. Department of State*, Country Report on Human Rights Practices 2002, Washington, D.C., 31.2.2002.

Todesstrafe belegt. Ein Jahr später wurden Internetdienste verpflichtet, ihre Websites besser zu kontrollieren. Zahlreiche Sites blieben blockiert. Im November 2002 traten weitere Restriktionen für den Zugang zum Internet in Kraft. Der neue Parteichef Hu Jintao forderte die Presseorgane nach seiner Amtsübernahme im selben Monat zwar dazu auf, mehr über die Anliegen der Bevölkerung und weniger über Parteiversammlungen zu schreiben. Gleichzeitig erging allerdings ein Verbot, über Arbeiterunruhen zu berichten oder über das Massaker von 1989 und die Perspektive einer politischen Öffnung zu diskutieren.⁵⁴

In der Autonomen Region Sinkiang im äußersten Nordwesten der Volksrepublik ist es seit dem 11. September 2001 unter dem Vorwand der Terror- und Kriminalitätsbekämpfung zu einer verschärften Unterdrückung uighurisch-islamischer Aktivisten gekommen. Verdächtige Separatisten wurden entweder zu langjährigen Haftstrafen verurteilt oder hingerichtet.⁵⁵ Geistliche, Intellektuelle und Journalisten wurden vermehrt Opfer politischer »Erziehungsmaßnahmen«. Moscheen wurden geschlossen.⁵⁶ Peking glaubt anscheinend mittlerweile, hierbei mit einer stillschweigenden Duldung durch die USA rechnen zu können.⁵⁷

⁵⁴ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.4.2003, S. 10.

⁵⁵ In Urumqi, der Hauptstadt von Sinkiang, waren nach amtlichen Angaben bereits im ersten Halbjahr 2001 9605 Personen verhaftet, 397 »kriminelle Gruppen« zerschlagen und 29 Exekutionen vollstreckt worden. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.12.2001, S. 43. In den drei Monaten zuvor wurden in der Region nach Angaben von Exil-Uighuren ca. 3000 Personen verhaftet und davon wiederum mehrere hingerichtet. Vgl. The Economist, 30.3.2000, S. 51–52. Im Rahmen einer Kampagne zur Verbrechensbekämpfung, die sich in Sinkiang auch gegen separatistische Tendenzen richtete, wurden 2001 vermutlich mehr als 4000 Personen hingerichtet. Vgl. *U.S. Department of State*, Country Report on Human Rights Practices 2002 [wie Fn. 48].

⁵⁶ *U.S. Department of State*, Country Report on Human Rights Practices 2002 [wie Fn. 48].

⁵⁷ Im August 2002 setzten die USA eine sogenannte »Islamische Bewegung Ostturkestans« auf ihre Liste terroristischer Organisationen und stellten China für den Fall eines Fortschritts bei der Nichtweiterverbreitung von Atomtechnologie und Trägersystemen Hilfen bei der Unterbindung von Finanzflüssen an moslemische Separatisten in Aussicht. Vgl. Reuters, 27.8.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 27.8.2002; The Washington Post, 29.8.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 29.8.2002. Präsident Bush hatte allerdings noch im Oktober 2001 erklärt, Pekings Mitwirkung an der internationalen Antiterror-Koalition dürfe niemals zum Vorwand für die Verfolgung ethnischer Minderheiten werden. Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 20.10.2001, S. 3. Dieses Leitmotiv

Während die internationale Grundsatzdebatte über die Kategorisierung der Todesstrafe als Menschenrechtsverletzung anhält, kommt diese Strafe in der Volksrepublik zweifellos exzessiv und seit 1995 immer häufiger⁵⁸ zur Anwendung. Amnesty International berichtete für das Jahr 2002 von 1921 verhängten Todesstrafen und 1060 Hinrichtungen, ging aber von einer um das Vielfache höheren Zahl aus.⁵⁹ Die Betroffenen wurden vielfach sofort nach dem Urteilsspruch vor Publikum exekutiert. Die Behörden haben die Entnahme von Organen bei vorheriger Zustimmung der Verurteilten oder ihrer Angehörigen bestätigt, allerdings den Handel mit Organen bestritten.⁶⁰

In der Summe ergibt sich der Eindruck, daß direkte und indirekte Folgen der Dengschen Reform, etwa der Liberalisierung der Arbeits- und Gütermärkte, in wachsendem Maße für Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China verantwortlich sind. Hier und auf traditionellen Problemfeldern wie der Tibetfrage⁶¹ lassen die Behörden immer dann eine gewisse Flexibilität erkennen, wenn im Ausland (insbesondere in den USA) und gelegentlich im Inland mit einer negativen Öffentlichkeitswirkung repressiver Maßnahmen zu rechnen ist. Sie versuchen aber gleichzeitig, ihr Publikwerden durch Restriktionen für inländische und grenzüberschreitende Kommunikation zu verhindern. Wird innerchinesischer Protest jenseits von

wurde seither vom State Department in seinen jährlichen Berichten zur Menschenrechtslage in China aufgegriffen, die unter anderem die religiöse Unterdrückung von Uighuren und Tibetern thematisieren. Vgl. *U.S. Department of State*, Country Report on Human Rights Practices 2002 [wie Fn. 48].

⁵⁸ Vgl. *Amnesty International*, Women in China, London 1996 (online).

⁵⁹ Vgl. *Amnesty International*, Country Report China 2003, London 2003. Ein deutscher Wissenschaftler kam bei seiner Einschätzung auf bis zu 50 000 Todesstrafen pro Jahr. Vgl. Die Zeit, 30.5.2002, S. 11.

⁶⁰ Vgl. *Amnesty International*, Country Report China 2003 [wie Fn. 59].

⁶¹ In Tibet sind über 180 Personen in Haft, die Mehrzahl davon buddhistische Mönche und Nonnen. 2001 wurden Tausende Mönche und Nonnen aus einer Klosterschule in Sichuan vertrieben. Vgl. *U.S. Department of State*, Country Report on Human Rights Practices 2002 [wie Fn. 48]. Ende 2002 wurden erstmals seit langer Zeit wieder politisch motivierte Todesurteile ausgesprochen. Andererseits wurden vor dem Hintergrund von Verhandlungen mit einer Delegation des Dalai Lama im Herbst 2002 sieben politische Häftlinge freigelassen. Vgl. *Amnesty International*, Country Report China 2003 [wie Fn. 59]. Die Verhandlungen sollten unter anderem dazu beitragen, daß Jiang Zemin und Hu Jintao auf die Ranch des amerikanischen Präsidenten eingeladen werden.

Expertenkreisen nicht thematisiert, reagiert der Staat auf solchen Protest weiterhin mit Verfolgung.⁶²

Die einschlägigen Grundrechte werden in der Verfassung der Volksrepublik und ihren Gesetzen sowie über internationale Verträge garantiert, im März 2004 erhielt der Menschenrechtsschutz sogar grundsätzlich Verfassungsrang. Im Zweifel räumt die Verfassung aber den »Interessen des Staates, der Gesellschaft, des Kollektivs und den gesetzlichen Freiheiten und Rechten anderer Bürger« Vorrang ein.⁶³ Zudem gibt es weder Ausführungsgesetze noch die Möglichkeit von Individualklagen. Und viele der eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen werden entweder ignoriert oder relativiert. So ist China seit 1988 Mitglied des UN-Übereinkommens gegen Folter, ist aber seiner Berichtspflicht nie in vollem Umfang nachgekommen und hat 1992 gemeinsam mit Dritten eine Einschränkung des Mandats des UN-Sonderbotschafters für Folter erwirkt. Im Februar 2001 ratifizierte die Volksrepublik den UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte unter dem Vorbehalt, daß »relevante Vorschriften« in Verfassung und nationalem Arbeitsrecht ihre Gültigkeit behalten.⁶⁴ Damit bleibt es chinesischen Arbeitern weiterhin verwehrt, sich außerhalb des von der KPCh kontrollierten Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbundes zu organisieren. Der 1998 gezeichnete Pakt über bürgerliche und politische Rechte wurde bisher nicht ratifiziert. Verhandlungen mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz über Inspektionen von Straflagern blieben ergebnislos.

Während der menschenrechtspolitische Druck der USA auf China seit dem 11. September 2001 tendenziell rückläufig ist und die EU-Staaten seit 1997 in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen keinen gemeinsamen Resolutionsentwurf mehr eingebracht haben, ist Peking in dieser Frage seit den späten neunziger Jahren von einer defensiven zu einer proaktiven Haltung übergegangen und hat sichtbare Defizite eingeräumt und Gegenmaßnahmen angekündigt.⁶⁵ Gleichzeitig machte es untergeordnete Verwal-

tungsebenen für solche Defizite verantwortlich und nahm mit Sinkiang eine sensitive Region unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung von den Reformbemühungen aus.

62 So geschehen 2001, als vier Bewohner einer Stadt in der Nähe der Baustelle des Dreischluchtendamms am Mittellauf des Yangtse schriftlich bei der Zentralregierung gegen die Zwangsumsiedlung von ein bis zwei Millionen Menschen und gegen Baukorruption protestierten. Sie wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

63 Vgl. Verfassung der Volksrepublik China, Artikel 51.

64 Vgl. The Washington Post, 1.3.2001, S. 4.

65 So startete die chinesische Regierung im Mai 2004 eine einjährige Kampagne, in deren Rahmen Funktionäre belangt

werden sollen, die Gefangene foltern oder auf andere Weise mißhandeln. Darüber hinaus sollen auch »Praktiken« wie illegale Haft und »schwerwiegende Verluste an Menschenleben und Eigentum« (sic) korrigiert werden. Aus der Pekinger Staatsanwaltschaft verlautete, man habe 2003 1064 derartige Verstöße registriert, bei denen 66 Personen entweder ums Leben gekommen oder verletzt worden seien. Vgl. Agence France-Presse, 12.5.2004, zitiert in: Napsnet Daily Report, 12.5.2004.

Gesellschaftliche Formierung

Wenn Demokratisierung von oben ein unwahrscheinliches Szenario bleibt bzw. zu langsam erfolgt, mag man fragen, inwieweit durch Globalisierung emanzipierte Kräfte (Privatunternehmer, die Zivilgesellschaft, Expertengruppen) oder staatliche und nicht-staatliche Akteure im Ausland die Chancen für friedliche Evolution verbessern könnten.⁶⁶

Chinas neue Privatunternehmer fungieren vielfach als Verbindungsleute zu ausländischen Investoren, auf deren Erfolg jener der Volksrepublik bisher im wesentlichen gründet. Wichtigste Errungenschaft dieser Symbiose ist eine seit den achtziger Jahren gewachsene Verrechtlichung des Wirtschaftslebens, mittels derer ausländische Investoren gleichzeitig geschützt und kontrolliert werden sollen. Im Zuge dieser Verrechtlichung hat der gesetzgebende Nationale Volkskongreß an Bedeutung gewonnen und wiederholt gegen Regierungsvorlagen gestimmt. Vor demselben Hintergrund haben sich Chinas neue Unternehmer lobbyartig organisiert.⁶⁷ Gleichzeitig sind allerdings neue Verflechtungen zwischen Politik und Wirtschaft entstanden, die von der KPCh seit dem 16. Parteitag 2003 systematisch genutzt werden und das Gesamtsystem eher noch intransparenter machen.

Anzeichen für die Herausbildung einer chinesischen Zivilgesellschaft wurden in den neunziger Jahren gelegentlich im schnellen Anstieg der Zahl einheimischer NROs gesehen, die sich auf Gebieten wie Bildung, Umwelt oder Gesundheit engagierten. Die Zentralregierung ist auf dieses Engagement angesichts eigener Defizite in wachsendem Maße angewiesen, versucht aber gleichzeitig, die politischen Implikationen durch eine selektive Registrierung, erschwerte Finanzierung⁶⁸ oder durch Übernahme führender Positionen in den neuen Organisationen zu begrenzen. 1998 waren insgesamt 163 000 solcher Gruppen registriert, im selben Jahr wurden jedoch mehr als 30 000 unter Verweis auf bereits existierende Organi-

sationen oder Führungsprobleme wieder verboten.⁶⁹ NROs können eine friedliche Evolution des politischen Systems weiterhin nicht aus eigener Kraft herbeiführen.⁷⁰

Ihre Einflußmöglichkeiten verbessern sich allerdings grundsätzlich, wenn sie sich mit Vertretern des Staates zu Expertengruppen oder »epistemic communities« zusammenschließen, die gegebenenfalls mit ausländischer Hilfe eine »gemeinsame Sprache« entwickeln. Dieses Phänomen inspirierte die »Engagement«-Politik der Clinton-Administration und anderer westlicher Regierungen, und diese Politik hat bereits auf solchen Feldern erste Erfolge gezeitigt, die im Pekingerverständnis nicht an die Substanz des kommunistischen Machtmonopols rühren.⁷¹ Im Gegensatz hierzu spielen bei zwischenstaatlichen Menschenrechtsdialogen nur quasi regierungsamtliche NROs eine Rolle.⁷² Das ist der Grund dafür, daß solche Dialoge kaum Wirkung entfalten⁷³ und innerchinesische Gruppen nicht erreichen, die sich unter Inkaufnahme staatlicher Repression auf Spezialgebieten wie der Be-

⁶⁹ Vgl. Lowell **Dittmer**, Leadership Change and Chinese Political Development, in: The China Quarterly, (Dezember 2003) 176, S. 903–925 (917).

⁷⁰ Vgl. Rebecca R. **Moore**, China's Fledgling Civil Society. A Force for Democratisation?, in: World Policy Journal, 18 (Frühjahr 2001) 1, S. 56–66 (63).

⁷¹ Dazu gehört seit Mitte der neunziger Jahre die Umweltpolitik. Ausschlaggebend für die größere Offenheit der chinesischen Regierung gegenüber Umweltproblemen war unter anderem eine Anfrage aus dem Internationalen Olympischen Komitee. Vgl. **Wu**, China's Environmental NGOs [wie Fn. 68].

⁷² Vgl. **U.S. Department of State**, Country Report on Human Rights Practices 2002 [wie Fn. 48].

⁷³ Vgl. EU Strategy towards China: Implementation of the 1998 Communication and Future Steps for a More Effective EU-Policy, Brüssel: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 15.5.2001; The Asian Wall Street Journal, 4.4.2002, S. 7. Ein amerikanisch-chinesischer Dialog wurde chinesischerseits 2004 ausgesetzt, nachdem Washington – anders als die EU – angesichts der erwähnten Rückschritte wieder einen gemäßigt kritischen Resolutionsentwurf in der UN-Menschenrechtskommission eingebracht hatte. Ein 1999 von der Bundesregierung initiiertes bilaterales »Rechtsstaatsdialog« behandelt erst seit 2004 auch Menschenrechtsthemen und wird von der Volksrepublik anscheinend unter der Bedingung geführt, daß Fragen des politischen Systems ausgeklammert bleiben. Vgl. Die Tageszeitung, 18.5.2004, S. 11.

⁶⁶ Vgl. z.B. Tatu **Vanhanen**, Prospects of Democracy: A Study of 172 Countries, London/New York: Routledge, 1997.

⁶⁷ Vgl. Thomas **Heberer**, Strategic Groups and State Capacity: The Case of the Private Entrepreneurs, in: China Perspectives, (März/April 2003) 46, S. 4–13 (10).

⁶⁸ Vgl. **Wu** Chengguang, China's Environmental NGOs, 13.7.2002, in: <<http://www.china.org.cn>>.

kämpfung von HIV/Aids engagieren.⁷⁴ Dabei kommt China eine weitgehende Ökonomisierung der Beziehungen durch Europa und eine wachsende Ökonomisierung der Beziehungen durch die USA grundsätzlich entgegen.⁷⁵ Sie hat jedenfalls im europäischen Fall dazu geführt, daß die – auch von chinesischen Aktivisten eingeforderte⁷⁶ – öffentliche Thematisierung schwerwiegender Defizite kaum noch stattfindet.

74 Vgl. Sophia **Woodman**, Bilateral Aid to Improve Human Rights, in: China Perspectives, (Januar/Februar 2004) 51, S. 28–49.

75 Allerdings spielen hierbei in den USA traditionell und in Europa zunehmend auch Lobbies eine Rolle, die keine handelspolitischen Prioritäten haben.

76 Vgl. **Woodman**, Bilateral Aid to Improve Human Rights [wie Fn. 74].

Evolution oder Selbstblockade?

Chinas kommunistische Führung hat in den Jahren nach dem WTO-Beitritt gelernt, daß die von Deng Xiaoping konzipierte Stabilisierung der Einparteiherrschaft mittels hohen Wachstums durch einen wachsenden Globalisierungsdruck gefährdet wird, der das nationale Wohlstandsgefälle durch Marktöffnung und internationale Konkurrenz vergrößert und die inneren und äußeren Grenzen für Personen und Informationen immer durchlässiger macht. Gleichzeitig ist sie anscheinend weiterhin überzeugt, diesen Prozeß mit einer Mischung aus Öffnungs- und Strukturpolitik, Verbreiterung der eigenen Basis und gewaltvoller Unterdrückung jeglicher Opposition kontrollieren zu können. Während die Frage nach dem temporären oder systemischen Charakter der derzeitigen Blockade nicht kategorisch beantwortet werden kann, spricht die Tatsache, daß sich staatliche und Partiestellen über diverse Kanäle (Besetzung von Führungspositionen, »goldene Aktien« etc.) auch in privatisierten Unternehmen einen unverhältnismäßig großen Einfluß sichern, jedenfalls politisch für Systemimmunität.⁷⁷

Die chinesische Führung glaubt bisher fest daran, das wachsende Unruhepotential durch anhaltend hohes Wachstum eindämmen zu können.⁷⁸ Einmal abgesehen davon, daß diese Erwartung die Lehren von Tiananmen ignoriert, wo es in einer Phase der Hochkonjunktur wegen gleichzeitig steigender Inflation und Korruption zu Demonstrationen gekommen war, kann mittlerweile auch ein Szenario rückläufigen Wachstums nicht mehr ausgeschlossen werden.⁷⁹

⁷⁷ Während man sich theoretisch auch vorstellen könnte, daß sich Politiker wirtschaftliche Posten sichern, um bei Verlust ihrer politischen Funktion versorgt zu sein, setzt der Zugriff auf Pfründe und Einfluß ohne Posten ein weiterhin enges und intransparentes Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft voraus, das den Regeln der Markttransparenz zuwiderläuft.

⁷⁸ Vgl. z.B. Rede des damaligen Premierministers Zhu Rongji vor dem Nationalen Volkskongreß, 5.3.2003, und Bericht des damaligen KPCh-Vorsitzenden Jiang Zemin an den 16. Parteitag, 8.11.2002.

⁷⁹ Ökonomen sind sich über die Nachhaltigkeit des chinesischen Wirtschaftswachstums uneins. Vgl. *Liu Weiling*, World Bank Predicts Robust Economic Growth, in: The China Daily, 23.4.2004 (online).

Chinas derzeitige Erfolge beruhen auf Exporten zur Erzeugung von Liquidität, ausländischen Direktinvestitionen zur Finanzierung der Exportproduktion und inländischer Verschuldung zum Aufbau von Infrastruktur. Während die Exportstrategie bislang im großen und ganzen aufgegangen ist,⁸⁰ haben die staatlichen Ausgabenprogramme in einen Teufelskreis aus Verschuldung und Korruption geführt, unter dem auch die Attraktivität der Volksrepublik für ausländische Investoren leiden könnte.⁸¹ Zusammengenommen dürften Haushaltsdefizit, Auslandsverschuldung, notleidende Kredite und Rentenansprüche zwischen 70 und 150 Prozent am BIP ausmachen.⁸² Chinas Strategie kann noch einige Jahre lang aufgehen; dann aber könnte die Gesamtverschuldung zu hoch sein und eine Finanzkrise auslösen.

Die schnell wachsende Zahl sozialer Unruhen im Lande und die möglicherweise mangelnde Fähigkeit der Regierung, den Finanzsektor zu sanieren oder auf konjunkturelle Schwankungen effizient zu reagieren, deuten darauf hin, daß der Versuch der KPCh, sich selbst als Garant für Stabilität und Ersatz für demokratisch-rechtsstaatliche Strukturen zu empfehlen, unüberbrückbare Widersprüche schaffen könnte. So konstatierte der Handelsbeauftragte der Bush-Administration 2003 eine schwindende chinesische Bereitschaft, das WTO-Abkommen zu implementieren. Würde die Implementierung nicht fortgesetzt, wären die bereits erzielten Fortschritte weitgehend zunichte gemacht.⁸³ Gleichzeitig waren Chinas Privatunternehmer, Zivilgesellschaft und Expertengruppen nicht in der Lage, solchen Tendenzen etwas entgegenzusetzen.

⁸⁰ Die bedeutsamste noch bestehende protektionistische Maßnahme der Industriestaaten gegenüber China ist die (bislang legale) Verzögerung der Umsetzung einer Liberalisierung im Multifaserabkommen. Vor dem Hintergrund des doppelten Defizits der USA und mangelnden chinesischen Entgegenkommens in der Wechselkursfrage ist allerdings eine Ausweitung des Protektionismus in den nächsten Jahren nicht auszuschließen.

⁸¹ Vgl. *Chen Wei*, Where Does China Stand in World Terms?, in: The Beijing Review, 47 (5.2.2004) 5, S. 26–29.

⁸² Vgl. Far Eastern Economic Review, 30.1.2003, S. 24–26.

⁸³ Vgl. *U.S. Trade Representative*, 2003 Report to Congress on China's WTO Compliance, Washington, D.C., 11.12.2003.

Verantwortlich für die Rückschritte sind einander widersprechende Interessen der Basis sowie alter und neuer, lokaler und nationaler Eliten, die die kommunistische Führung im Interesse des eigenen Machterhalts und im Sinne des ideologischen Anspruchs gleichermaßen alimentieren müßte. In der Realität werden Reformverlierer mangels materieller Möglichkeiten und/oder politischen Willens⁸⁴ vernachlässigt. Resultierende Verwerfungen werden an dem Umstand erkennbar, daß es zwar seit 1997 in ganz China mehr oder minder freie Wahlen zu Dorfkomitees gibt, in denen die KPCh die Verantwortung aufgrund fehlender Kompetenz abgeben will, daß eine Fortsetzung des Experiments auf höherer Ebene aber von Peking blockiert wird.

Soweit der Machtkampf innerhalb der Parteiführung für diese Blockade verantwortlich ist, kann mit seiner Beendigung in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden. Auch hierfür sind systemische Gründe, wie die Unfähigkeit zu einer Neubewertung von Tiananmen, mindestens ebenso verantwortlich wie personelle. Sollte die Wachstumsstrategie scheitern oder so viele negative Begleiterscheinungen produzieren, daß die lokalen Unruhen auf die nationale Ebene überzugreifen drohen, wird die legitimatorische Basis der Einparteiherrschaft auf einen Nationalismus schrumpfen, dem sich keine der innerparteilichen Fraktionen verweigern kann.

Das staatliche Gewaltmonopol in der Volksrepublik bleibt vorerst intakt, aber die Sicherheitsorgane geraten gleichzeitig von oben und unten unter Druck, den sie, soweit möglich, an Bevölkerung und Politik zurückgeben. Während die Streitkräfte ihre Aufrüstung vor diesem Hintergrund und mit Blick auf mögliche Taiwan-Szenarien beschleunigt haben,⁸⁵ werden die Folgen wirtschaftlicher Öffnung innerhalb der Polizei anscheinend zusehends kritisch bewertet.⁸⁶ Angesichts des derzeitigen politischen Arrangements dürfte dies dazu führen, daß Peking immer mehr Ressourcen für die Eindämmung der möglicherweise nicht eindämmbaren Begleiterscheinungen des Öffnungsprozesses verfügbar machen muß und dabei die Staatsverschuldung auf ein kritisches Niveau treibt.

⁸⁴ So stiegen die staatlichen Ausgaben für Gesundheit zwischen 1995 und 2003 um nur 14,2%, während die Staatseinnahmen im selben Zeitraum um 17,5% zunahmen. Vgl. *UN Country Team*, China's Progress [wie Fn. 3], S. 4.

⁸⁵ Vgl. *U.S. Department of Defense*, Annual Report on The Military Power of the People's Republic of China, Washington, D.C. 2004.

⁸⁶ Vgl. *Tanner*, China Rethinks Unrest [wie Fn. 8], S. 143–154.

Die wichtigste Schlußfolgerung für deutsche, europäische und westliche Politik aus diesem Szenario besteht darin, den Aufstieg der Volksrepublik China zum wichtigen internationalen Akteur nicht für unumkehrbar und »Wandel durch Handel« nicht für einen zwingend evolutionären Prozeß zu halten. Während die Gefahr einer wechselseitigen Blockade von politischer und wirtschaftlicher Reform nach 26 Jahren der wirtschaftlichen Öffnung gering erscheint, weil ein Zurück in Nationalismus und Isolation seinerseits nur auf Kosten der materiellen Interessen einer Bevölkerungsmehrheit denkbar ist, besteht weiterhin die Möglichkeit, daß Peking mit sozioökonomischen Experimenten wie Stadtratswahlen Zeit gewinnt. Doch wäre dieser Zeitgewinn nutzlos ohne den schrittweisen Aufbau demokratisch-rechtsstaatlicher Institutionen.

Angesichts der erwähnten systemischen Hemmnisse kann friedliche Evolution nicht vornehmlich durch technokratische Dialoge mit den verschiedenen Ebenen der Herrschaftselite gefördert werden. Sie muß verstärkt mit einer fachspezifischen Förderung der chinesischen Zivilgesellschaft einhergehen, bedarf aber gleichzeitig auch der Stärkung jener internationalen Organisationen, aus denen diese Zivilgesellschaft ihre eigene Legitimation herleiten kann. Konkret sollten weder die WTO noch das internationale Menschenrechtsregime aus Rücksicht auf ein mutmaßlich »aufsteigendes« China beschädigt werden.

Schließlich bedarf das regionale Umfeld der Volksrepublik größerer politischer Aufmerksamkeit, die nicht vornehmlich von militärischen (wie im Falle der USA) oder kommerziellen Erwägungen (wie im Falle Europas) bestimmt sein sollte. Wenn Peking den Staaten an seiner Peripherie seit einigen Jahren kooperative Angebote macht, um sich so gegen eine politische Globalisierung unter amerikanischer Ägide zu schützen,⁸⁷ ignoriert es sowohl die dort existierenden Bedenken gegenüber China als neuem Hegemon als auch die von diesen Staaten seit der regionalen Krise von 1997/98 erzielten Fortschritte in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft. Mit einer Förderung von Projekten der regionalen Integration auf dieser Grundlage würden Deutschland, Europa und der Westen die Chancen für eine weitere Einbindung Chinas erhöhen und damit zur Verringerung des chinesischen Chaospotentials beitragen.

⁸⁷ Vgl. Gilbert *Rozman*, The Northeast Asian Regionalism Context, in: *Orbis*, 48 (Frühjahr 2004) 2, S. 217–231 (228–231).

Abkürzungen

BIP	Bruttoinlandsprodukt
HIV	Human Immunodeficiency Virus
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
NRO	Nichtregierungsorganisation
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
Sars	Severe Acute Respiratory Syndrome
UN	United Nations
WTO	World Trade Organization